



JAHRESRÜCKBLICK IRAK 2017

Der Jahresrückblick Irak basiert auf den periodisch erscheinenden Factsheets. Es handelt sich um eine Analyse aller wesentlichen Ereignisse im Irakkonflikt und enthält zudem einen Ausblick für das Jahr 2018, verfasst vom IFK-MENA Team am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien.

Internationales Konflikt- und Krisenmanagement

Der Irak scheint auf den ersten Blick das Jahr 2017 mit zahlreichen Erfolgen zu beenden: Der Sieg über die Terrororganisation Islamischer Staat (IS), eine selbstbewusste irakische Armee, mächtige pro-iranische Milizen sowie eine Zentralregierung in Bagdad, die durch ihre Machtdemonstration gegenüber Kurdistan in Folge des Unabhängigkeitsreferendums gestärkt erscheint. Tatsächlich bringt der Wegfall des gemeinsamen Feindes IS andere, bisher verdrängte Konflikte, in den Vordergrund, die im Wahljahr 2018 an Brisanz gewinnen könnten. 2017 ist auch ein Comeback der Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien, in einen Irak, der 14 Jahre lang immer stärker vom Erzrivalen Iran politisch und militärisch beeinflusst wurde.



Drei Jahre nach Ausrufen des IS Kalifats verlor die Terrororganisation weite Teile seines Territoriums.

Quelle: Mahmud Saleh/AFP/picturedesk.com

Innenpolitische Dynamik

Innenpolitisch war das Jahr von einem weiteren Erstarren der schiitischen Milizen, die besonders durch den Sieg in Mossul bestärkt wurden, geprägt. Zudem stand die umstrittene Diskussion um die Integration der schiitischen Milizen in die reguläre irakische Armee im Zentrum der Debatten.

Militärische Entwicklungen

Das Jahr 2017 brachte für den Irak zahlreiche militärische Erfolge an entscheidenden Orten. Allgemein kann, trotz der internen Fragmentierung der Sicherheitskräfte, von einem neuen Vertrauen der Bevölkerung in die irakischen Sicherheitskräfte gesprochen werden.

Humanitäre Lage

Über drei Jahre IS-Präsenz, wirtschaftliche Stagnation und intensive Kämpfe prägten die irakische Gesellschaft. Im Jahr 2017 waren rund 8% der Iraker Binnenflüchtlinge (IDPs). Knapp ein Viertel der irakischen Bevölkerung wurde in irgendeiner Weise vom Krieg berührt und rund 40% der Iraker leben in vom Konflikt betroffenen Regionen. Kurdistan ist aufgrund der Nähe zur Front mit dem IS sowie der Aufnahme hunderttausender syrischer Flüchtlinge jenes Gebiet, das am meisten mit den humanitären Herausforderungen konfrontiert ist.

REDAKTIONSSCHLUSS: 21.12.2017

AUFBEREITUNG: IFK MENA-Team (Jasmina RUPP, David FUSSI, Nasser EL-HAJ, Maya HADAR);

QUELLEN: MEDIENANALYSE; LAYOUT: REF III/Medien, IMG



Der IS im Irak ist besiegt, aber pro-iranische Milizen gestärkt

Der Siegeszug gegen den IS im Jahr 2017 bewirkte eine massive Aufwertung der pro-iranischen Hashd al-Shaabi oder Volksmobilisierungskräfte (PMF), die sich als effiziente Anti-Terroreinheiten und Garant für Sicherheit im Irak positionieren. Die PMF können grob als fragmentierte sub-staatliche Struktur beschrieben werden, die über 50 Milizen mit rund 60.000 Kämpfer umfasst. Die mächtigsten Gruppierungen darunter vertreten die strategischen Interessen des Iran (einige sunnitische Verbände und schiitische Gruppen bekennen sich allerdings nicht zum Iran und dessen geistlichen Führer Khamenei). In einem Post-IS-Irak streben die PMF danach, sich als politische und soziale Bewegung zu etablieren, erste Ansätze in diese Richtung bestehen bereits.

Das Grenzgebiet zu Syrien, rund um das Gebiet al-Qaim, das im Jahr 2017 erobert wurde, ist von großer operativer Bedeutung für die pro-iranischen Kräfte, da es ihnen erlaubt, den Landkorridor zwischen Iran und Libanon aufrechtzuerhalten. Iran-loyale Kräfte können somit für künftige militärische Konfrontationen rasch und kostengünstig Kämpfer und Waffen auf dem Landweg verschieben.

Durch seine Verbündeten übt der Iran auch Einfluss auf zahlreiche politische Fraktionen aus. Mittlerweile wurden das irakische Verteidigungs- und Innenministerium sowie das neue Anti-Terror Büro durch Iran-loyale Kräfte besetzt. Westliche Vertreter, wie Frankreichs Präsident Macron und CIA-Chef Mike Pompeo, sprachen sich hingegen lautstark für eine Auflösung der PMF nach der erfolgreich erfüllten Zerschlagung des IS aus. Laut Pentagon bleibt die USA weiterhin mit 5.200 Soldaten im Irak vertreten. Diese sind für die Säuberung von Gebieten mit geschätzt 1.000 verbleibenden IS-Kämpfern sowie für Stabilisierungs- und Entminungsmaßnahmen zuständig.

Ankara und seine Interessen im Irak

Der türkische Einfluss im Irak ist insbesondere in den Kurdengebieten im Nordirak sichtbar, wo Ankara Turkmenen sowie die in der Autonomieregion Kurdistan regierende kurdische Partei KDP unterstützt. Der türkische Fokus liegt

dabei auf wirtschaftliche Kooperationen mit Kurdistan und der Bekämpfung der PKK im Irak. Enttäuscht vom kurdischen Verbündeten, KRG-Präsident Barzani, über das im September durchgeführte Unabhängigkeitsreferendum, kam es zu einer neuen Annäherung zwischen der Türkei und der Zentralregierung in Bagdad. Demnach bekam Erdogan grünes Licht von Premier Abadi, das gesamte Grenzgebiet von „PKK-Terroristen“ zu säubern. Dabei könnte es gerade im irakisch-syrischen Grenzgebiet, das Iran-loyale Kräfte kontrollieren, zu neuen Spannungen kommen, da der Iran nicht davor zurückschreckt, die PKK zum Zwecke seiner Machtkonsolidierung zu unterstützen.

Ein Comeback Saudi-Arabiens

Zahlreiche hochrangige Besuchs-austausche im Jahr 2017 lassen auf ein Comeback Saudi-Arabiens im Irak – mit Unterstützung der USA – schließen. Die Eröffnung von saudischen Botschaften und Konsulaten, neue Flugverbindungen, die Etablierung einer Handelskommission sowie die Eröffnung des seit 1990 geschlossenen Grenzübergangs Arar soll Saudi-Arabien eine führende Rolle im Wiederaufbau geben sowie die Dominanz des Iran eindämmen. Saudi-Arabien versucht Allianzen mit anti-iranischen schiitischen politischen Führern, wie Premier Abadi, zu schmieden, um langfristig die saudische Präsenz im Irak auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene zu verankern. Ob Saudi-Arabien die seit 14 Jahren herrschende schiitische Elite in Bagdad, samt ihrer mächtigen Milizen, beeinflussen kann, bleibt abzuwarten.



Der irakische Premierminister Abadi führte im Oktober 2017 Gespräche mit dem saudischen König Salman.

Quelle: <https://www.mintpressnews.com/what-is-saudi-arabias-end-game-in-iraq/234963/>

Das Jahr der Erdölgeschäfte

Das Ende der Kämpfe gegen den IS sowie die Einnahme der erdölreichen Stadt Kirkuk durch die Zentralregierung in Bagdad ermöglichte den Abschluss neuer Erdölförderverträge. Teheran schloss mit der irakischen Führung einen Vertrag für den Export von Erdöl aus Kirkuk, die die bisher bestehende Exportroute über die Türkei ersetzen sollte. Auch die Türkei soll künftig durch den Bau einer neuen Pipeline von Baiji zur türkisch-irakischen Grenzregion Fish-Khabur profitieren, damit sollen Teile der alten, stark beschädigten Kirkuk-Ceyhan Pipeline ersetzt werden. Russland weitete unterdessen seine militärischen und wirtschaftlichen Kooperationen aus. Es wurde ein Ölfördervertrag zwischen der russischen Ölgesellschaft Rosneft und der kurdischen Regionalregierung abgeschlossen.



Hashd al-Shaabi spielten bei der Befreiung von IS besetzten Gebieten eine entscheidende Rolle.

Quelle: <https://www.iraqnews.com/iraq-war/hashd-al-shaabi-recruiting-people-halabja/>

Ausblick

Die Zerschlagung des gemeinsamen Feindes IS brachte im Jahr 2017 erneut die interne Fragmentierung der religiösen und ethnischen Gruppierungen ans Tageslicht. Der Krieg gegen den IS erlaubte diesen Akteuren jedoch sich zu bewaffnen, zu organisieren und ihre Machtansprüche weiter auszubauen. Im Jahr 2018 wird sich der Irak der entscheidenden Richtungsfrage stellen müssen, ob die Milizen der PMF in die Armee integriert werden oder ob sich nach dem Beispiel der iranischen Revolutionsgarden eine Art Parallelarmee im Irak entwickelt.

Für die Stabilität Iraks wird viel davon abhängen, inwieweit sunnitische Gruppen sich von Bagdad vertreten fühlen, welche politische Macht den Milizenführern eingeräumt wird, wie der Versöhnungskurs mit den Kurden aussieht und wie rasch und erfolgreich der Wiederaufbau erfolgen und wirtschaftliche Stabilität erzielt werden könne. Ob die externen Mächte Iran, Saudi-Arabien, Türkei, USA und Russland dabei eine konstruktive Rolle spielen werden, ist zu bezweifeln. Der Kompromisskandidat Premier Abadi steht vor einer schwierigen Zerreißprobe, da er zwischen den USA und dem von Präsident Trump zum Erzfeind erklärten Iran sowie zwischen Saudi-Arabien und Iran steht.

In einem Post-IS-Irak und einer sicheren Umgebung könnte sich die irakische Wirtschaft allerdings etwas erholen. Hierbei ist der Irak auf stabile Rohstoffpreise, internationale Geldgeber und Investoren, die insbesondere die vom IS zerstörte Infrastruktur wieder aufbauen, angewiesen. Der irakische Außenminister forderte in diesem Kontext einen „Post-IS Marshall Plan“.

Die langfristige Stabilität des Irak wird unterdessen stark von Terroranschlägen und einem möglichen Wiederaufleben des IS abhängen. Die Einnahme der Kalifatsprovinzen symbolisiert zwar das „territoriale Ende“ des IS, jedoch bedeutet es gleichzeitig die Transformation der Gruppe in eine terroristische Guerillaorganisation, die nicht mehr durch ihre zu verwaltenden Gebiete verwundbar sein wird. Zudem verfügt es über Personal, das jahrelang Erfahrung in staatlicher Verwaltung, Wirtschaftstreiben, Terrorfinanzierung sowie Artillerie- und Guerillataktiken besitzt. Kurzfristig dürfte der IS als Ausgleich zu den Verlusten der Kalifatsprovinzen in Syrien und Irak auf seine globale Terrorstrategie setzen und neue Anschlagsserien in Ägypten, Afghanistan, Pakistan, Zentralasien aber auch in westlichen Staaten verüben.

INNENPOLITISCHE DYNAMIK

Referendum zur Unabhängigkeit Kurdistans

Das Referendum über die Unabhängigkeit Kurdistans, das Ende September abgehalten wurde, sorgte für große Verstimmungen, sowohl zwischen Bagdad und Erbil, als auch zwischen den kurdischen Fraktionen selbst. Nach Absage der Parlamentswahlen in Kurdistan führte es schließlich zum Rücktritt des Präsidenten der Kurdischen Regionalregierung (KRG), Masud Barzani, und zur Verlängerung der Amtszeit des Parlaments. Bereits zu Beginn des Jahres drohte Barzani, dass er die Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistans ausrufen werde, falls Nuri al-Maliki als Premierminister ins Amt zurückkehrt (Maliki war langzeitiger Premierminister und dient derzeit als Vizepremierminister, ihm wurde sektiererische Politik und der Aufstieg des IS vorgeworfen).

Im Frühjahr 2017 stellte sich Barzani an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung in Kurdistan und kündigte an, dass das Ergebnis des Referendums nicht rechtsbindend, sondern lediglich ein Zeichen an Bagdad sei. Der Hauptstreitpunkt dabei war, dass das Referendum nicht

nur in der Autonomieregion, sondern in Gebieten weit darüber hinaus durchgeführt wurde, die von den Peschmerga im Laufe des Krieges gegen den IS eingenommen wurden, so etwa in Teilen der ölfreudigen Provinz Kirkuk und rund um die Stadt Sinjar, in der syrisch-irakischen Grenzregion. Premier Abadi besuchte zu Beginn des Jahres sowohl den Präsidenten der KRG, als auch den (mittlerweile verstorbenen) Vorsitzenden der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), Jalal Talabani. Dieser ungewöhnliche Besuch zeigte, dass bereits

damals innerkurdische Differenzen im Kontext des Referendums in einem hohen Maße vorhanden waren. Das angespannte kurdisch-irakische Verhältnis stellte eine ernst zu nehmende Bedrohung für die territoriale Integrität des gesamten Irak dar. Am 25.09 sprach sich eine Mehrheit von knapp 93% der ca. 2,3 Mio. Wähler für eine Unabhängigkeit Kurdistans aus, diese wurde jedoch nie ausgerufen.

Die Hoffnung Barzanis, dass die Spannungen innerhalb der irakischen Kurden

Von Kurden besiedelte Gebiete im Irak



Die Kurden im Nordirak erweiterten ihr Territorium seit 2014, indem sie ehemaliges IS-Territorium besetzt hatten.

Layout: IMG
Quelle: IFK

durch das Referendum beigelegt würden, realisierte sich nicht. Das Gegenteil war der Fall. Bereits im Sommer kündigte neben den VN auch der Iran, die Türkei und Deutschland an, eine Unabhängigkeit Kurdistans nicht zu unterstützen. Lediglich Israel stellte sich auf die Seite der irakischen Kurden.

Als Antwort auf das Referendum wurden von Seiten Bagdads Gelder sowie Finanztransfers nach Kurdistan eingefroren, eine Flugverbotszone über Kurdistan verhängt, die mobile Kommunikation eingeschränkt und angekündigt, die Grenzübergänge wieder unter Kontrolle der Zentralregierung zu stellen. Außerdem plante Bagdad die Wiedereröffnung alter Ölpipelines, die das kurdische Autonomiegebiet umgehen. De facto wurde die KRG von Bagdad entmündigt und zu einer Provinzregierung ohne internationale Unterstützung gemacht. Das kurdische Parlament setzte aus Protest zu den Maßnahmen Bagdads seine Arbeit für zwei Wochen aus. Der Termin für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Kurdistan, die für 1. November angesetzt waren, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Auch Deutschland stellte seine Unterstützung kurzfristig für die Kurden vor Ort ein und unterbrach das Ausbildungsprogramm für die Peschmerga. Iran und Irak hielten gemeinsam eine Militärübung in unmittelbarer Nähe zur Autonomieregion Kurdistan ab.

Machtkämpfe in Bagdad

Die Grabenkämpfe innerhalb der politischen Elite Bagdads verschärfen sich im Laufe des Jahres 2017, insbesondere durch äußere Einflüsse. So versuchte Saudi-Arabien etwa eine geeinte sunnitische Partei im Irak aufzubauen, um nach den Parlamentswahlen im Frühjahr 2018 einen loyalen sunnitischen Herrscher in Bagdad zu installieren. Die zahlreichen Anschläge des IS in Bagdad, vor allem in der ersten Jahreshälfte 2017, schaden dem Image von Premier Abadi, der sich stets als "Anti-Terror-Premier" positionierte. Obwohl es vor allem in der ersten Jahreshälfte regelmäßig zu Protesten in Bagdad kam, war deren Ausmaß geringer als im Jahr zuvor. Abadi näherte sich in weiser Vorausschau dem einflussreichen schiitischen Kleriker Muqtada al-Sadr an, um sich gegen seinen Amtskollegen und Rivalen Maliki bei den geplanten Parlamentswahlen 2018 durchsetzen zu können. Die Jesiden formierten erstmals eine eigene Partei, um bei den kommenden Wahlen anzutreten.

Die zahlreichen Erfolge der Popular Mobilization Forces (PMF) gegen den IS und die Gebietsrücknahme von den Kurden stärken die Regierung, doch die interne Fragmentierung wird vermutlich nach dem endgültigen Wegfall des IS als gemeinsamer Gegner und den 2018 bevorstehenden



Das kurdische Parlament in Nordirak vor dem historischen Referendum, September 2017.

Quelle: <https://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-iraq-kurds/iraqs-kurdish-parliament-backs-sept-25-independence-referendum-idUSKCN1BQ2AV>

Parlamentswahlen bzw. dem Verbot für Milizenführer dort anzutreten, zunehmen.

Unterdessen wurden die für September geplanten Regionalwahlen durch das Parlament verschoben und werden im Frühjahr 2018 zusammen mit den Parlamentswahlen abgehalten. Grund hierfür war einerseits ein Disput über das Auszählungsverfahren, andererseits der Status der zum damaligen Zeitpunkt teilweise von Kurden besetzten Provinzen Kirkuk und Ninive. Die Wahl von pro-kurdischen Kandidaten in Kirkuk hätte einen weiteren Kontrollverlust der ölreichen Provinz für Bagdad bedeutet.

Im Zuge der seit 2015 immer wieder aufflammenden Proteste gegen Korruption, die mehrheitlich von dem schiitischen Kleriker Muqtada al-Sadr organisiert wurden, kam es immer wieder zu Verhaftungen von Protestierenden.

Der Umgang mit den Popular Mobilisation Forces

Die Integration der schiitischen PMF in die Armee war 2017 eine der zentralen Fragen. Während die Umsetzung des Gesetzes zur vollständigen Integration der PMF in die reguläre Armee den sunnitischen, kurdischen und einigen schiitischen Persönlichkeiten wie Muqtada al-Sadr ein Dorn im Auge ist, drängen die meisten schiitischen Politiker darauf, um bei den Parlamentswahlen nächstes Jahr antreten zu können. Neben der militärischen Komponente hat die Integration der PMF auch eine politische, denn nach aktuellen Bestimmungen ist ein Antreten bei den Wahlen 2018 für

Wahlergebnis und Sitzverteilung, Parlamentswahlen 2014



Die Wahlergebnisse im Jahr 2014 zeigten eine deutliche Mehrheit für Malikis schiitische "State of Law"-Koalition.

Quelle: https://cdn.static-economist.com/sites/default/files/images/2014/05/blogs/pomegranate/20140524_mac037.png

Milizenführer, die meist zugleich Abgeordnete sind, nicht erlaubt. Jedoch könnten die aktuellen Bestimmungen umgangen werden, indem man sich formal von seinen Milizen lossagt.

Ausblick

Zentrale Fragen bei den kommenden Parlamentswahlen im Mai 2018 werden die Rolle der Kurden, die Zulassung von Milizenführern zu den Wahlen sowie die Versöhnung mit den sunnitischen Kräften sein. Eine Prognose für das Wahlergebnis ist kaum auszumachen. Der Kampf gegen verbliebene IS-Zellen, die weitreichende Korruption im Land, die Reintegration ehemaliger IS-Anhänger sowie innerethnische und konfessionelle Spannungen werden das Wahljahr 2018 bestimmen.

Premierminister Abadi, der als Kompromisskandidat der USA und des Iran galt, hat heftig zu kämpfen, um bei den Wahlen im Frühjahr 2018 nicht von seinem Parteikollegen und Ex-Premier Nouri al-Maliki an der Spitze des Irak abgelöst zu werden. Malikis gute Beziehungen zum Iran und zu zahlreichen Milizenführern wird voraussichtlich seine Position bei den nächsten Wahlen stärken. Klar ist auch, dass durch den lediglich formalen Rücktritt führender Milizenführer zum Zwecke einer Politikerkarriere ihr Einfluss auf die jeweiligen Milizen kaum schwinden wird.

Weitere Herausforderungen stellen die Aushebung der verbliebenen IS-Zellen sowie die Reintegration ehemaliger IS-Sympathisanten in die irakische Gesellschaft dar.

MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

Mossul

Die Schlacht um die zweitgrößte Stadt des Irak besaß eine starke Symbolik, da 2014 das IS-Kalifat in Mossul ausgerufen wurde. Der Erfolg der Operation beruhte vor allem auf der guten Kooperation zwischen irakischer Armee, Polizeikräften, PMF, kurdischen Peschmerga und der Luftwaffe der US-geführten Anti-IS-Koalition, die zum Zweck der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes ihre Streitigkeiten aufschoben. Zudem waren türkische Truppen im Nordirak präsent, der Iran unterstützte durch zahlreiche Militärberater und entsandete (obwohl er dies leugnete) Spezial-Kampftruppen. Für die USA stellte der Sieg einen wichtigen Schritt im Kampf gegen Extremismus im Mittleren Osten dar. Die PMF betonen stets, dass nur durch ihre Unterstützung der irakischen Armee die Vertreibung des IS aus dem Irak gelang. Die Beteiligung der PMF demonstrierte die Stärke der schiitischen Milizen und verdeutlichte zudem die neuen Herausforderungen für den Irak, wenn diese Gruppen nicht aufgelöst bzw. in den irakischen Sicherheitssektor integriert werden.

sie ethnisch und konfessionell gespalten ist und eine lange Geschichte der Gewalt zwischen Sunniten und Schiiten aufweist. Zudem gilt Tal Afar als Herkunftsgebiet zahlreicher IS-Führungspersönlichkeiten. Nach dem Sieg in Tal Afar starteten irakische Sicherheitskräfte die Offensive in Hawija, einem der letzten vom IS gehaltenen Gebiete im Irak. Die angekündigte Kooperation zwischen Peschmerga und den PMF fand nicht statt, da im Vorfeld des Unabhängigkeitsreferendums bereits Spannungen zwischen Bagdad und Erbil bestanden.

Die Unstimmigkeiten zwischen den Peschmerga und PMF basierten auf Disputen über die Angriffsrichtung. Das spielt insofern eine Rolle, da die großteils sunnitische Bevölkerung in Hawija den schiitisch-dominierten PMF gegenüber generell skeptisch eingestellt ist. In den Monaten vor der Offensive wurde Hawija vom IS stets genutzt, um Anschläge in Kirkuk gegen kurdische Soldaten und Zivilisten durchzuführen.

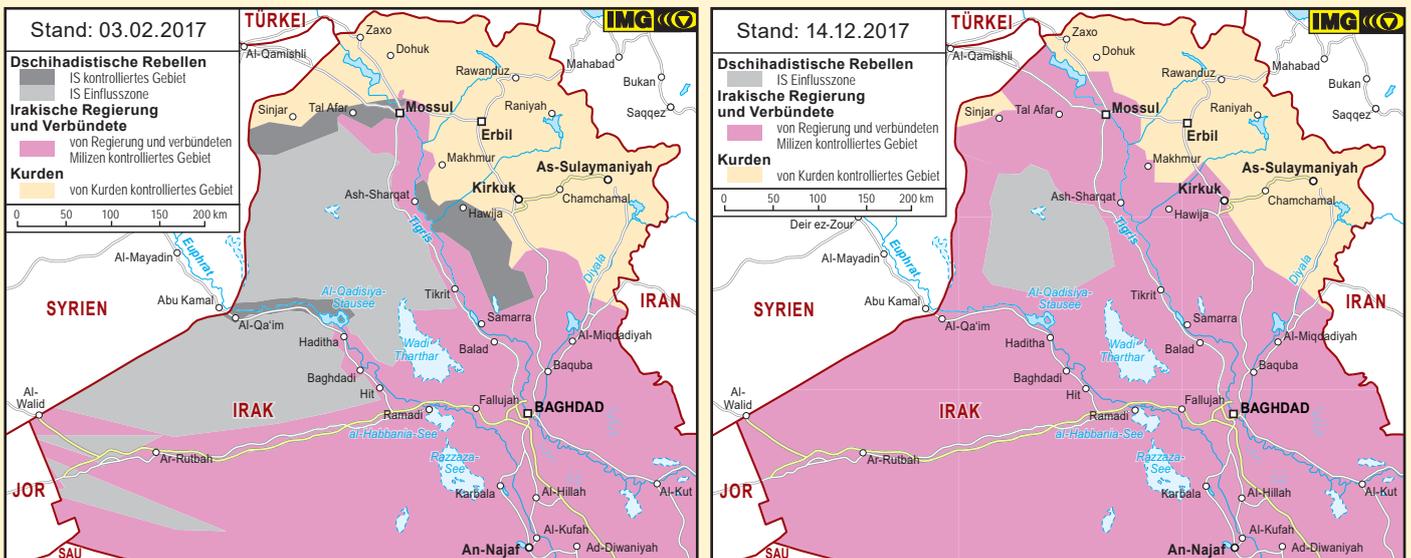
Kirkuk

Nach dem irakisch-kurdischen Unabhängigkeitsreferendum im September wurde die großteils von Kurden besetzte, doch nicht zur kurdischen Autonomieregion

Tal Afar and Hawija

Tal Afar wurde wenige Wochen nach dem Sieg in Mossul eingenommen. Die Stadt ist insofern von Bedeutung, da

Gebietskontrolle aller Akteure im Vergleich von Februar und Dezember 2017



Die Irakischen Sicherheitskräfte eroberten weite Teile des Irak zurück und konnten die Bedrohung durch den IS eindämmen. Die Mossul-Offensive verlief erfolgreich. Kirkuk, das lange Zeit von den Kurden erfolgreich beansprucht wurde, steht nun unter der Kontrolle der Zentralregierung in Bagdad, nachdem sich die kurdischen Milizen (größtenteils freiwillig) aus der Stadt zurückgezogen.

Layout: IMG, Quelle: IFK



Der ehemalige kurdische Präsident Barzani (2005-2017) setzte sich für eine autonome Region Kurdistan ein und forderte regelmäßig die Durchführung eines Unabhängigkeitsreferendum.

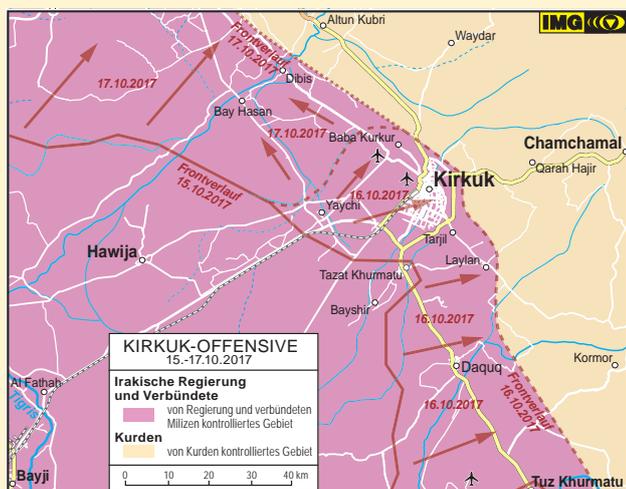
Quelle: <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-27838034>

gehörige erdölbereiche Provinz Kirkuk zum Streitpunkt zwischen Bagdad und Erbil. Nach dem Ende der Offensive in Hawija begannen die PMF gemeinsam mit anderen staatlichen Sicherheitskräften auf Kirkuk vorzurücken. Der Rückzug der Peschmerga war der Grund für die schnelle Einnahme von Kirkuk. Nur vereinzelt gab es kleine Gefechte zwischen kurdischen Milizen und von Bagdad gesteuerten Kräften. Die Offensive verhärtete die Spannungen zwischen Bagdad und Erbil, die einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den IS leisteten. Aktuell sind noch immer einige kleine Gebiete außerhalb der kurdischen Autonomieregion in der Hand der Peschmerga. Premierminister Abadi kündigte mehrmals an, diese bald wieder unter die Kontrolle Bagdads zu bringen.

Sinjar

In Folge der Massaker gegen die Jesiden durch den IS im Jahr 2014 kam es, trotz seiner Vertreibung aus dem Sinjar, zu Spannungen zwischen der PKK und der regierenden KDP, die Sinjar als Teil der kurdischen Autonomieregion betrachtet und die PKK als lokalen politischen Rivalen. Im

Kirkuk-Offensive



Die Kirkuk-Offensive war überraschend kurz, da sich die kurdischen Kräfte nahezu kampfflos aus der erdölbereichen Stadt zurückgezogen hatten.

Layout: IMG, Quelle: IFK

Jahr 2017 eskalierte die Lage, als sich die in Nordsyrien vertretenen Rojava Peschmerga (syrisch-kurdische Kämpfer, die dem kurdischen Nationalrat KNC nahestehen) mit PKK-nahen Milizen in Khansor, nahe der irakisch-syrischen Grenze, Gefechte lieferten. Ein Waffenstillstand wurde zwar erzielt, doch bleibt die Region unsicher, insbesondere da Berichten zufolge Rojava-Peschmerga Verbindungen zum türkischen Geheimdienst haben sollen und die Gefechte gegen die PKK und Jesiden unterstützen.



Die Al-Nuri-Moschee in Mossul war ein berühmtes Gotteshaus für sunnitische Iraker. 2014 wurde dort das Kalifat des Islamischen Staates ausgerufen, und ist somit symbolisch wichtig für die Terrorgruppe. Premierminister Abadi bezeichnete die Zerstörung der Moschee durch den IS, als Eingeständnis seiner Niederlage.

Quelle: <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-27838034>

Ausblick

Die irakischen Sicherheitskräfte werden sich darauf konzentrieren, die Sicherheit in den vom IS-befreiten Gebieten zu gewährleisten und sein Wiederaufleben zu verhindern. Die Spannungen zwischen den PMF, sunnitischen und kurdischen Fraktionen über die territoriale Kontrolle werden voraussichtlich, befeuert durch externe Mächte, anhalten. Die Rolle von schiitischen Milizen im Irak wird zukunftsweisend für den "Post-IS-Irak" sein. Diese Milizen, die ihre Mitglieder hauptsächlich aus der irakischen Jugend rekrutieren, sind jedoch eine der wenigen Chancen für ein geregeltes Einkommen, Mobilität und Prestige in einem fragmentierten Irak.

Humanitäre Herausforderungen in der Autonomen Region Kurdistan

Etwas mehr als die Hälfte der syrischen Flüchtlinge im Irak leben außerhalb von Camps, etwa in der Kurdischen Autonomieregion. Hinzu kommen 900.000 irakische Binnenflüchtlinge, von denen die meisten knapp drei Jahre nicht mehr in ihrem Heimatort leben. Folglich erreichten zahlreiche öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen, wie der Gesundheitssektor, das Schulwesen, die Wasserversorgung und Hygieneanlagen, ihre Belastungsgrenzen. Weiters beeinträchtigen die Spannungen zwischen Erbil und Bagdad die anhaltende wirtschaftliche Notsituation, was sich im knappen Haushaltseinkommen Kurdistans, sowie in ausbleibenden Löhnen für Staatsbedienstete widerspiegelt.

Ein überlastetes Schulsystem

Mit zehntausenden syrischen und hunderttausenden irakischen Schulkindern, die nicht in ihrer Heimatgemeinde die Schule besuchen können, blieb die irakische Schulinfrastruktur auch 2017 weiterhin überlastet. Die anhaltende ökonomische Krise führte zu einem Lehrermangel sowie Knappheit von Unterrichtsräumen und -materialien. Der häufige Umzug von Familien, sowie der Druck auf Kinder, den Haushalt finanziell zu unterstützen, sind die wesentlichsten Gründe für das Fernbleiben vom Schulunterricht. Fehlende Transportmöglichkeiten und gefährliche Schulwege in Konfliktgebieten stellen eine weitere Hürde für den Schulbesuch dar. Seit September wurde die Integration syrischer Schüler in Schulen in der KRG erleichtert, da neben dem kurdischen auch der arabische Lehrplan unterrichtet werden kann.

Begrenzte Kapazitäten in Flüchtlingscamps

Die fehlenden Existenzgrundlagen für Flüchtlinge in urbanen Gebieten führten zu einem erneuten Interesse, sich in Flüchtlingscamps anzusiedeln, was lange Wartelisten auf eine Flüchtlingsunterkunft bewirkte. Rund 38% der syrischen Flüchtlinge im Irak leben in neun Camps in der kurdischen Autonomieregion. Routinemäßige Impfungen (gegen Masern und Polio), Vitaminergänzungsmittel oder Nahrungsergänzungsmittel sowie ärztliche Beratung werden angeboten, insbesondere um Mangelernährung und Kindersterblichkeit vorzubeugen.

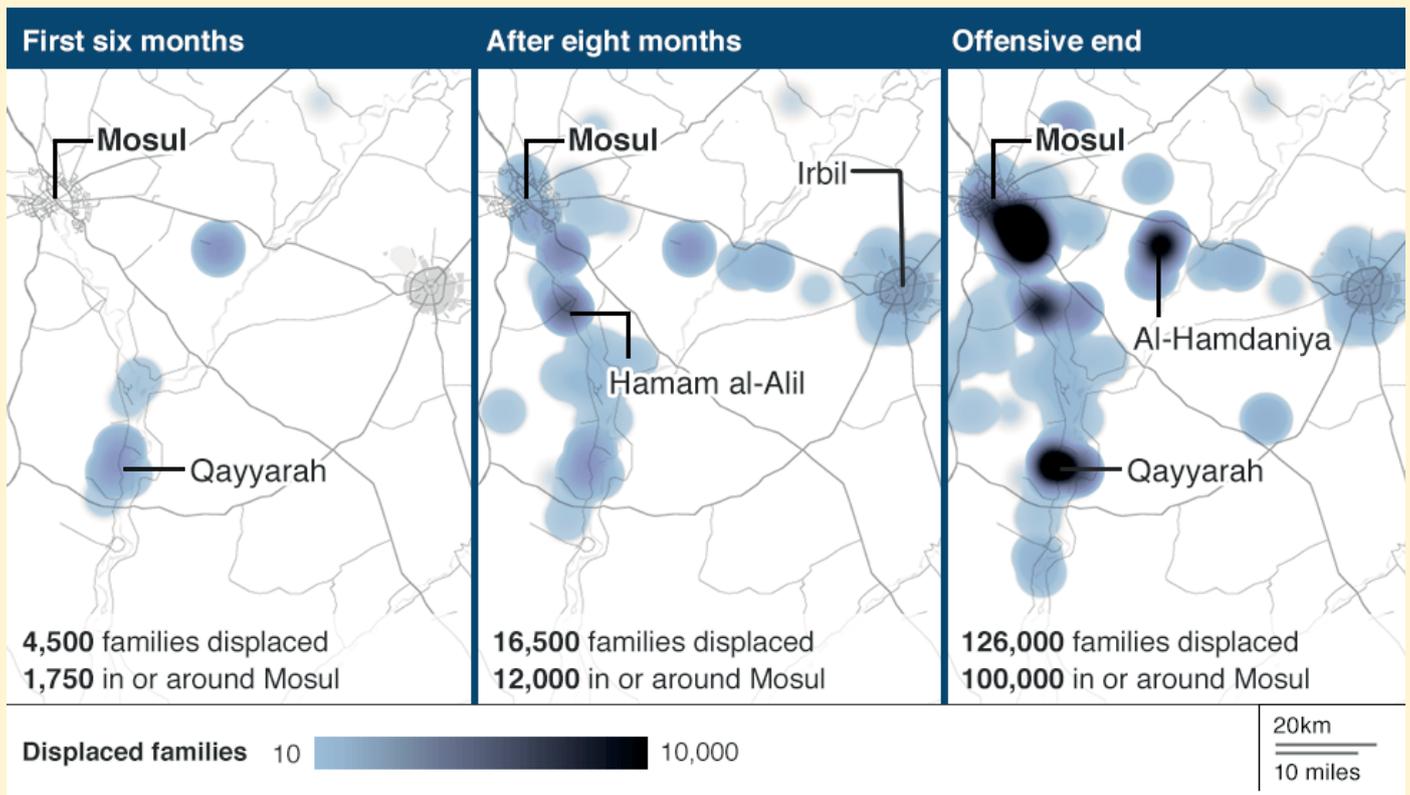
Ausbruch von Epidemien

Obwohl der letzte Cholera-Ausbruch Ende 2015 erfolgte, wurden im Jahr 2017 erneut einige Fälle bestätigt. Um dem Ausbruch von Epidemien künftig vorzubeugen, wurden durch UNICEF und Partnerorganisationen Wasser-Monitoringprogramme, Hygiene-Aufklärungskampagnen sowie Wasseraufbereitungsanlagen in besonders gefährdeten Regionen, wie Bagdad, Najaf und Wassit eingesetzt.

Militärische Offensive verschlimmern die Flüchtlingssituation

Die militärische Offensive zur Rückeroberung Mossuls Anfang 2017 durch die ISF führte zu große Vertreibungen der Bevölkerung in sichere Gebiete des Landes. Die Offensiven Bagdads gegen die Kurden in Kirkuk und Ninive als Antwort auf das Unabhängigkeitsreferendum schränkte die Mobilität zwischen der kurdischen Autonomieregion und dem restlichen Irak ein, insbesondere für NGO-Personal. Aufgrund der anhaltenden Unsicherheit in Folge von inter-

Die humanitäre Krise im Zuge der Mosul Offensive



Die Karte zeigt, wie die militärischen Entwicklungen in Mossul die Vertreibung von Familien zwischen 17. Oktober 2016 und 9. Juli 2017 beeinflusste.

Quelle: BBC News



Flüchtlinge erhalten Hilfsgüter (keine Lebensmittel) an einer Vertriebsstelle in Dohuk, Nordirak, von der Hilfsorganisation der Europäischen Kommission (ECHO).

Quelle: https://www.flickr.com/photos/eu_echo/15329973112



Die militärischen Offensiven zwangen zahlreiche Iraker aus ihren Heimatorten zu fliehen und sich in Flüchtlingslagern niederzulassen.

Quelle: <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/KawergoskCampProfile30Jan.2014.pdf>

nen Grenzstreitigkeiten setzte UNICEF seine Missionen in den zwischen KRG und Bagdad umstrittenen Gebieten Ende September kurzzeitig aus.

Ausblick

Während die internationale Gemeinschaft beträchtliche finanzielle Unterstützung leistete, führten die weitreichenden Herausforderungen aus Flüchtlingskrisen, militärischen Offensiven und Unterfinanzierung zu eingeschränkter humanitärer Hilfe der VN und ihrer Partnerorganisationen.

Die humanitäre Lage im Jahr 2018 bleibt maßgeblich vom politischen und militärischen Zustand des Landes abhängig, besonders in Bezug auf die kurdische Autonomieregion. Trotz innenpolitischer Krisen und Unterfinanzierung bietet jedoch das absehbare Ende des Kriegs in Syrien einen Lichtblick in Bezug auf die Rückkehr syrischer Flüchtlinge in ihre Heimat.



www.facebook.com/lvak.ifk



Videoblog „Feichtinger kompakt“
<http://bit.ly/2mv0hgD>